

**Rede
der Fraktionsvorsitzenden**

Johanne Modder, MdL

zur Regierungserklärung des Ministerpräsidenten

**„Integration von Flüchtlingen –
Unterwegs auf einem langen Weg“**

gehalten in der
Plenarsitzung des Niedersächsischen Landtags
vom 08.03.2016

Es gilt das gesprochene Wort.

Anrede,

vielen Dank, Herr Ministerpräsident, für Ihre Regierungserklärung. Unterstreicht sie doch sehr deutlich, dass jetzt die Integration der Flüchtlinge in den Mittelpunkt unserer Politik rücken muss und wir uns auf das Gelingen der Integration konzentrieren sollten. Das Jahr 2016 sollte das Jahr der Integration werden, meine Damen und Herren.

Die vielen Flüchtlinge, die sich auf einen langen, beschwerlichen und oftmals auch sehr gefährlichen Weg gemacht haben, werden in der großen Mehrzahl entweder für längere Zeit in unserem Land bleiben, oder sogar für immer, hier ihre zweite Heimat suchen und, ich hoffe, auch finden.

Bislang hat unser Land richtigerweise sehr viel Kraft und Energie dafür aufgewendet, dem Zustrom der Flüchtlinge erstmal dadurch gerecht zu werden, dass alle menschenwürdig untergebracht und versorgt werden.

Dass dies im Großen und Ganzen auch gelingen konnte, haben wir einem gut funktionierenden Verwaltungsapparat, aber vor allem auch den vielen Hilfsorganisationen und Verbänden und den vielen Ehrenamtlichen in unserem Land zu verdanken, die unsere Willkommenskultur leben.

Ich stelle deshalb fest: Wir haben einen starken Staat und wir haben eine starke, funktionierende Zivilgesellschaft.

Unser Dank gilt all denen, die sich tagtäglich für unser Zusammenleben, für unsere Gesellschaft und den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft einbringen.

Wir können alle miteinander dankbar und stolz darauf sein, in einem Land leben zu dürfen, in dem das so ist.

Anrede,

unser Ministerpräsident Stephan Weil hat in seiner Regierungserklärung sehr deutlich zum Ausdruck gebracht, wie es um Europa in dieser Frage bestellt ist.

Der gestrige EU-Gipfel hat leider nichts entschieden, sondern sich auf nächste Woche vertagt.

Die angeblich überraschenden Vorschläge und Forderungen des türkischen Ministerpräsidenten haben wohl die gesamte Gipfelplanung durcheinandergebracht. War das wirklich so überraschend, dass die Türkei, die einen ganz entscheidenden Part in dieser Flüchtlingspolitik übernimmt, dann auch Forderungen stellt?

Ich kann meine persönliche Enttäuschung gar nicht in Worte fassen, und ich glaube vielen von Ihnen geht es ähnlich. Wir sind überzeugte Europäer, stehen für Weltoffenheit und Vielfalt, für ein starkes Europa aber vor allem auch für ein soziales Europa. Und was müssen wir erleben?

Das gemeinsame Ziel Europa scheint nicht mehr das Ziel von allen zu sein. Ich kann nur dringend die Union aufrufen, endlich den Kurs in dieser Frage für sich verbindlich festzulegen.

Der gestrige Gipfel kommt mir vor wie ein Basar, Leistung und Gegenleistung, was völlig vergessen wird: Es geht um Menschen, um Schicksale von Frauen, Männer und Kindern, die sich aufgemacht haben, für ein besseres Leben. Doch sie werden zum Spielball der Mächtigen.

Ich kann mich noch sehr genau an die letzte Rede von Altkanzler Helmut Schmidt auf unserem Parteitag 2011 in Berlin erinnern. Er hat von Europa gesprochen und der Rolle Deutschlands.

Er hat uns gemahnt dieser Rolle gerecht zu werden, für ein starkes Europa zu kämpfen, aber als Deutsche nicht überheblich aufzutreten. Aber genau das ist passiert, besonders deutlich geworden in der Griechenland-Krise.

Wir haben sehr viel Vertrauen verspielt und das gilt es wieder zurückzugewinnen. Es ist richtig an Europa festzuhalten, an der Europäischen Idee, dem starken europäischen Markt, aber vor allem den Frieden und den Wohlstand zu sichern.

Das geht nur gemeinsam, das geht nur in einem starken vereinten Europa. Denn Europa ist mehr als Handels- und Finanzbeziehungen, und deshalb muss sich besonders jetzt, in dieser Flüchtlingsfrage, Europa bewähren. An den Grenzen zu Mazedonien wird gerade Unglaubliches geleistet. Wir dürfen uns doch nicht zurücklehnen und durch die Grenzschießungen ein Land wie Griechenland oder auch Italien alleine lassen und wir brauchen auch die Türkei, auch wenn es noch so schwer fällt in dieser schwierigen Situation.

Sie alle kennen die Bilder aus den Flüchtlingslagern.

Anrede,

Fluchtursachen wie Krieg, Terror und Hoffnungslosigkeit treiben die Menschen aus ihren Heimatländern. Deshalb ist und bleibt es richtig, die Fluchtursachen zu bekämpfen. Die Außenpolitik der Bundesrepublik, an der Spitze mit Frank-Walter Steinmeier, setzt dabei auf diplomatische Lösungen wie zum Beispiel im Syrien-Konflikt. Aber es gehört auch zur Wahrheit dazu, dass wir den Ländern dann auch ganz massiv mit Aufbaumaßnahmen, und damit mit Geld, helfen müssen.

Wir werden unsere EU-Außengrenzen konsequent schützen müssen, wenn wir unsere Freizügigkeit weiterhin erhalten wollen. Dazu gehört aber auch, dass sich die EU einig ist und wir Ländern wie der Türkei helfen müssen, die Flüchtlinge auch menschenwürdig unterzubringen und zu versorgen.

Auch das wird sehr viel Geld kosten und auch das muss Europa gemeinsam schultern. Sie kennen die Forderungen der Türkei: Weitere 3 Milliarden bis 2018, Visumfreiheit und beschleunigte Verfahren zum EU-Beitritt und die „Eins-zu-Eins-Formel“ bei der Aufnahme von Flüchtlingen aus Griechenland.

Anrede,

wir brauchen in Europa eine gerechte Verteilung der Flüchtlinge über fest vereinbarte Kontingente. Jeder Mitgliedsstaat der EU muss verbindlich eine an seiner Leistungsfähigkeit vereinbarte Zahl aufnehmen.

Aber diese Plan- und Steuerbarkeit brauchen wir auch in unserem Land. Wir kritisieren schon seit Monaten das Versagen des BAMF und des Bundesinnenministers Thomas de Maizière. Wir brauchen schnellere Verfahren und schneller Klarheit darüber, wer hier bleiben kann oder wieder zurückgeführt werden muss.

Diese Klarheit ist für uns hier, für unsere Kommunen, aber ganz besonders für die Flüchtlinge von entscheidender Bedeutung.

Anrede,

da keiner von uns wirklich verbindlich sagen kann, wie viele Flüchtlinge in diesem Jahr zu uns kommen und bleiben werden, müssen wir jetzt unsere ganze Kraft auf eine gelingende Integration konzentrieren.

Unser Ministerpräsident hat an den Schwerpunkten Sprache, Bildung, Arbeit und Wohnen sehr gut deutlich gemacht, was schon alles geleistet wurde und wird.

Wir alle wissen - auch wir werden uns bei dieser Aufgabe auf einen langen Weg begeben. Die Integration ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die uns über eine sehr lange Zeit fordern wird und die sehr viel Geld kosten wird.

Und genau deshalb ist es völlig richtig, die Diskussion darüber zu führen, wer sich eigentlich wie an diesen Kosten auch beteiligen muss. Ich halte den Vorschlag, sich jetzt endlich auch auf Bundesebene nicht über weitere Asylpakete, sondern auf Integrationspakete zu verständigen, für völlig richtig und, ehrlich gesagt, für längst überfällig.

Es kann doch ernsthaft nicht hingenommen werden, dass sich der Herr Bundesfinanzminister für seinen erwirtschafteten Überschuss von 12 Milliarden feiern lässt und die Länder und Kommunen mit den Integrationskosten allein gelassen werden.

Ich halte auch den Vorschlag unseres Ministerpräsidenten Stephan Weil, die Integrationsleistungen dauerhaft als Gemeinschaftsaufgabe zu verankern, für völlig richtig.

Wir können doch nicht ernsthaft jedes Jahr aufs Neue darüber streiten, ob und in welcher Höhe die Kosten von wem getragen werden sollen. Wollen wir ernsthaft die Kommunen, die diese gewaltige Aufgabe am Ende meistern müssen, damit Jahr für Jahr im Ungewissen lassen?

Das ist doch unverantwortbar, und deshalb ist hier in erster Linie die Bundesebene gefordert, denn nur sie hat es in der Hand und die Verantwortung, ob und in welcher Höhe wir weitere Flüchtlinge aufnehmen.

Anrede,

nun hat ja auch der Vorstoß von Sigmar Gabriel eine heftige Debatte ausgelöst, als er einforderte, auch die hiesige Bevölkerung nicht aus den Augen zu verlieren. Was wurde ihm alles vorgeworfen.

Ich muss Ihnen ehrlich sagen, Sigmar Gabriel hat genau das auf den Punkt gebracht, was viele in unserem Land denken und wovor viele in unserem Land auch Angst haben. Denn bei allem, was wir in der Flüchtlingspolitik tun müssen und tun wollen, darf es nicht dazu führen, dass sich unsere Bevölkerung vernachlässigt fühlt oder gar einzelne Bevölkerungsgruppen gegeneinander ausgespielt werden.

Anrede,

es wäre gut, wenn auch wir uns hier ein Stück ehrlich machen würden. Sie werden genauso wie wir bei Veranstaltungen, in der Bürgersprechstunde oder auch in unseren Parteiorganisationen darauf angesprochen werden.

Bei Ihnen, meine Damen und Herren von der Opposition, werden doch genauso die Debatten geführt.

Anrede,

wir dürfen nicht nachlassen in unseren Bemühungen für eine gelingende Integration. Wir werden die Angebote, die es zum Beispiel im Bereich Sprachförderung gibt, besser koordinieren und aufeinander abstimmen müssen.

Auch das war Gegenstand des Gesprächs mit Herrn Weise. Der Ministerpräsident hat aufgezeigt, was in dem Bereich Sprachförderung bereits auf den Weg gebracht wurde, und diese Zahlen allein sprechen für sich: 700 Sprachlernklassen, 150 Sprint-Klassen, 267 Schulsozialarbeiter, 700 Sprachkurse bei den Erwachsenen mit denen wir rund 13.000 Menschen erreicht haben. Ich will das alles nicht im Einzelnen wiederholen, aber das Lob des Deutschen Volkshochschulverbandes durch deren Vorsitzende Frau Kramp-Karrenbauer (CDU) spricht für sich.

Niedersachsen ist gut aufgestellt, meine Damen und Herren, und trotzdem dürfen und werden wir uns nicht zurücklehnen.

Wir müssen zum Beispiel darauf achten, dass besonders auch Frauen und Kinder, die bislang nur eingeschränkt oder vielleicht auch gar keinen Zugang zur Bildung hatten, diese Kurse wahrnehmen.

Anrede,

wir brauchen bezahlbaren Wohnraum, nicht nur für Flüchtlinge, sondern für alle. Viele Familien haben zurzeit gar keine Chance mehr auf bezahlbaren Wohnraum, weil die Kommunen alles angemietet haben, was verfügbar war, um Massenunterkünfte zu verhindern. Hier ist dringender Handlungsbedarf angesagt.

Wenn wir übereinstimmend der Meinung sind, dass neben dem Spracherwerb besonders auch die Integration auf dem Arbeitsmarkt eine ganz entscheidende Rolle spielt, dann dürfen wir dabei nicht unsere Langzeitarbeitslosen oder unsere unversorgten Jugendlichen vergessen.

Daneben war ein ganz wichtiges Signal, dass wir Sozialdemokraten hart geblieben sind und auch für Flüchtlinge der Mindestlohn gelten muss. Das war ein ganz wichtiges Signal, um auch hier den sozialen Frieden zu wahren.

Natürlich darf es aber auch nicht darüber hinwegtäuschen, dass wir auch nach anderen Beschäftigungsmöglichkeiten suchen müssen, die niedrighschwellig angeboten werden können.

Teilhabe durch Arbeit, ein selbstbestimmtes Leben durch wirtschaftliche Unabhängigkeit, das müssen wir organisieren und dafür müssen wir auch noch stärker bei der Wirtschaft werben.

Anrede,

Integration ist eine Gemeinschaftsaufgabe von Bund, Ländern und Kommunen. Als gesamtgesellschaftliche Aufgabe ist sie in ihrem Umfang noch eng verbunden mit der Anzahl der Menschen und dem Tempo der Zuwanderung. Dies lässt sich aber nicht von Niedersachsen aus beeinflussen, hier liegt die Verantwortung beim Bund. Und deshalb ist es richtig, den Bund hier stärker zu fordern.

Anrede,

der Ministerpräsident hat Recht, wenn er sagt, viele der Flüchtlinge sind zu uns gekommen in der Hoffnung auf eine bessere Zukunft.

Sie wollen sich einbringen und aus ihrem Leben noch etwas machen. Helfen wir alle mit, damit das auch gelingen kann. Es ist gut für die Menschen und gut für unser Land. Und der Ministerpräsident hat auch Recht, wenn er sagt „wir brauchen keine Asylpakete – wir brauchen Integrationspakete“!

Lassen Sie uns gemeinsam dafür Sorge tragen, dass nicht die, die unser Land spalten wollen, Überhand gewinnen, sondern lassen Sie uns gemeinsam für den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft arbeiten und kämpfen.

Lassen Sie uns gemeinsam anpacken!

Vielen Dank für ihre Aufmerksamkeit.